

## Dringlichkeitsantrag

### **zur umgehenden Beendigung des Vertrages mit dem Jugendhilfeträger petri & eichen in Bezug auf das Jugendhaus Hemelingen**

In der Sitzung des Beirates Hemelingen am 03.04.2025 stellen wir den folgenden Dringlichkeitsantrag und bitten um Aufnahme in die Tagesordnung gem. § 2 VII der Geschäftsordnung des Beirates Hemelingen:

Der Beirat möge die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration auffordern:

**umgehend die notwendigen Schritte zur Beendigung des Vertrages mit dem Jugendhilfeträger petri & eichen in Bezug auf das Jugendhaus Hemelingen einzuleiten und das Ausschreibungsverfahren im Hinblick auf einen anderen geeigneten Träger der Jugendhilfe zu initiieren, denn der Beirat Hemelingen hat aufgrund der Geschehnisse der jüngsten Vergangenheit im Jugendhaus Hemelingen das Vertrauen darin, dass petri & eichen die Einrichtung mit dem notwendigen Engagement und der notwendigen Sorgfalt und Fachlichkeit betreibt, verloren.**

#### Begründung:

I.

Folgende schwerwiegende Vorfälle begründen diesen Antrag:

#### **1. Unregelmäßige Öffnungszeiten und dauerhafter Personalmangel**

Es wurde mehrfach sowohl von BürgerInnen als auch von Beiratsmitgliedern festgestellt, dass das Jugendhaus während der regulären Öffnungszeiten gar nicht geöffnet oder nur unzureichend besetzt und für Jugendliche insofern nicht ausreichend zugänglich war. Dies steht im Widerspruch zur Aufgabe der Einrichtung und dürfte Folge der dünnen Personaldecke im Haus sein. So ist eine hauptamtliche Mitarbeiterin bereits seit Monaten erkrankt; eine Vertretung wurde durch den Träger bisher jedoch weder aus dem eigenen Personal anderer Einrichtungen noch extern organisiert. Des

Weiteren ist bereits seit September 2024 eine 30-Stunden-Stelle nicht besetzt. Insofern waren bereits 2024 Gelder durch den Träger an das Amt für Soziale Dienste zurückzuerstatten. Eine Stellenausschreibung erfolgte indes erst jetzt.

## **2. Eingeschränktes Angebot**

Neben der unzureichenden Öffnung der Einrichtung insgesamt, besteht für die Kinder und Jugendlichen lediglich noch ein sehr eingeschränktes Angebot. So hat die Einrichtung grundsätzlich nach der Vereinbarung mit dem Amt für soziale Dienste insbesondere ein Sportprofil. Das besonders beliebte Angebot der Hemelinger Liga findet aber bereits seit längerer Zeit nicht mehr statt. Auch wurden die Ferienangebote und die Hausaufgabenhilfe stark eingeschränkt und die Mädchenzeit findet nicht mehr bzw. nur noch sehr eingeschränkt statt. Auffällig ist diesbezüglich insbesondere, dass auch bewusst keine Drittmittel mehr durch den Träger angeworben werden. Entsprechend schlank ist das Angebot des Jugendhauses geworden. Lediglich eine eingeschränkte Öffnung, in der die Kinder und Jugendlichen dann noch „Zocken“ oder „Chillen“ können, erfüllt aber die Ansprüche an die Einrichtung nicht und hat inzwischen auch dazu geführt, dass das Jugendhaus nur noch von wenigen Kindern und Jugendlichen aufgesucht wird.

## **3. Fehlende Beteiligung an Stadtteilprojekten/-Gremien**

Die Kinder- und Jugendarbeit in Hemelingen zeichnet sich insbesondere durch eine enge Zusammenarbeit der Träger mit den zuständigen Mitarbeitenden des Amtes für soziale Dienste und den politischen AkteurInnen im Stadtteil aus. Es gibt monatliche Treffen der Arbeitskreise Jugend und Kinder sowie ein Jahresabschlusstreffen mit ausführlichen Jahresberichten und einem Ausblick auf das kommende Jahr aus den Einrichtungen im Stadtteil. An diesen so wichtigen Treffen nimmt der Träger seit September letzten Jahres trotz Einladung kaum noch teil. Dies erschwert die Koordination der Kinder- und Jugendarbeit im Stadtteil sowie das Organisieren gemeinsamer Veranstaltungen sehr und widerspricht der seit Jahren im Stadtteil gelebten Praxis eklatant.

## **4. Fehlende Fachlichkeit/falscher Umgang mit Problemsituationen**

Seit im September letzten Jahres eine personelle Umstrukturierung bei petri & eichen stattfand, bestehen Bedenken, dass die Fachlichkeit in der Einrichtung nicht mehr

gewahrt wird. Dies erklärt die vorgenannten Grundprobleme im Hinblick auf Öffnungszeiten und Angebote. Außerdem kam es wiederholt zu heiklen Vorfällen in der Einrichtung. Dazu gehört insbesondere ein Vorfall mit einem von häuslicher Gewalt betroffenen Jugendlichen, bei welchem zwingend eine Meldung wegen Kindeswohlgefährdung an das Jugendamt hätte erfolgen müssen, was jedoch von einem langjährigen Mitarbeiter sorgfaltspflichtwidrig nicht unternommen wurde, vgl. § 8a SGB VIII. An dem betreffenden Tag befand sich bereits gegen 17 Uhr keine hauptamtliche MitarbeiterIn mehr in der Einrichtung. Eine Auszubildende, die derzeit auch im Jugendhaus tätig ist, wurde von dem Jugendlichen angesprochen und um Hilfe ersucht, da er zu Hause häusliche Gewalt erfahre. Die Auszubildende kontaktierte aus diesem Grunde einen hauptamtlichen Mitarbeiter und bat diesen um Hilfe. Er indes sei der Ansicht gewesen, der Vorfall müsse nicht gemeldet, sondern vielmehr der Jugendliche davon überzeugt werden, nach Hause zu gehen. Der kontaktierte Mitarbeiter habe sie insofern versucht, aktiv davon abzuhalten, eine entsprechende Meldung an das Jugendamt vorzunehmen. Weil die Auszubildende dieses Vorgehen fachlich nicht für richtig erachtet habe und die vorgeschlagene Vorgehensweise nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren könne, informierte sie sodann dennoch das Jugendamt, welches auch umgehend aktiv wurde und sich vor Ort um die Belange des Jugendlichen kümmerte. Dass ein langjähriger Mitarbeiter trotz im Raum stehender akuter Kindeswohlgefährdung nicht für notwendig erachtete, sich der Sache anzunehmen und im Gegenteil den betroffenen Jugendlichen über Umwege dazu bringen wollte, nach Hause zu gehen, zeigt ein erhebliches strukturelles Versagen des Trägers auf, welches in dem sensiblen Bereich der Kinder- und Jugendhilfe nicht hinzunehmen ist.

## **5. Fehlende Konsequenzen aufseiten des Trägers**

Mehrere Jugendliche haben sich in der Beiratssitzung am 06.03.2025 sowie im Controlling-Ausschuss am 24.03.25 und im Rahmen eines Briefes an das Amt für Soziale Dienste über die vorgenannten Missstände beschwert. Ihre Bedenken hatten sie vorab auch bereits gegenüber Mitarbeitenden des Jugendhauses geäußert. Überdies gab es zwischenzeitlich bereits mehrfach öffentliche Berichterstattungen zu den Vorgängen rund um das Jugendhaus und den Träger. Auch Petra Putzer vom Amt für Soziale Dienste hat ihre Bedenken aus fachlicher Sicht seit vergangenem

September bereits mehrfach im Rahmen verschiedener Besprechungen mit dem Träger geäußert und Abhilfe eingefordert – bisher jedoch erfolglos.

## **6. Fehlendes Konzept des Trägers**

Zwar wurde in der Zwischenzeit im Rahmen eines Treffens mit VertreterInnen des Amtes für Soziale Dienste im März erneut eine Vereinbarung getroffen, laut der der Träger insbesondere folgende Punkte zeitnah verbessern soll:

- Gewährleistung von Mindestöffnungszeiten
- Teilnahme an künftigen Arbeitskreisen
- Ausschreibung der offenen Stelle
- Organisation einer Krankheitsvertretung für die erkrankte Mitarbeiterin
- Wiederaufnahme von Angeboten.

Nach der jüngsten Rücksprache mit dem Träger im vergangenen Controlling-Ausschuss sind wir aber zu dem Schluss gekommen, dass die Ernsthaftigkeit der Lage aufseiten des Jugendhilfeträgers bisher nicht erkannt wurde bzw. entsprechenden Hinweisen des Amtes für Soziale Dienste und der Jugendlichen nicht im ausreichenden Maße nachgekommen wurde. So konnte der Träger keinerlei überzeugende Lösungsansätze darlegen. Die notwendige Ernsthaftigkeit, um jetzt umgehend strukturelle Verbesserungen vorzunehmen, war nicht erkennbar.

Auch die erneut getroffene Vereinbarung ist aus unserer Sicht nicht ausreichend und bildet keine ausreichende Grundlage für eine weitere Zusammenarbeit. So wurde bisher nicht deutlich, wie zeitnah eine Lösung für die angespannte Personalsituation gefunden werden soll. Statt vertrauensvolles Personal zeitweise aus anderen Einrichtungen des Trägers einzusetzen, soll nunmehr eine Krankheitsvertretung über eine Zeitarbeitsfirma gefunden werden. Auch die spät erfolgte Ausschreibung der unbesetzten Stelle gibt zu denken. Es wurde des Weiteren nicht dargelegt, wie mit Blick auf den so wichtigen Kinder- und Jugendschutz sichergestellt werden soll, dass das bestehende Personal, das insofern offensichtlich Defizite aufweist, künftig fachlich besser aufgestellt werden soll. Es erfolgte lediglich ein Verweis auf bestehende Konzepte, nicht aber darauf, wie sichergestellt werden soll, dass sich hieran auch gehalten wird, etwa durch entsprechende Schulung des Personals.

In Bezug auf die Drittmittelakquise wurde erneut lediglich darauf verwiesen, der Träger habe sich in der Verwaltung neu aufgestellt. Er brauche insofern mehr Zeit, um sich auf die neuen Gegebenheiten einzustellen. Auch, was das mangelhafte Angebot betrifft, wurde bisher nicht klar, wie der Träger hier zeitnah eine Lösung finden will. Es wurden weder konkrete Ziele noch ein zeitlicher Rahmen für eine Verbesserung genannt. Ein Konzept wurde nicht vorgelegt.

Insbesondere ist hierbei auch zu berücksichtigen, dass die Probleme im Hinblick auf Personaldecke, die Öffnungszeiten, das eingeschränkte Angebot und die fehlende Akquise von Drittmitteln dem Träger seit nunmehr sieben Monaten bekannt sind, er aber bisher keine Maßnahmen ergriffen hat, um die Situation zu verbessern.

Bezeichnend ist auch, dass die zahlreichen mit dem Amt für Soziale Dienste in der Vergangenheit geführten Gespräche nicht zu einer Verbesserung geführt haben, sondern im Gegenteil im Rahmen des Controlling-Ausschusses deutlich wurde, dass die Gespräche inhaltlich von den Teilnehmenden offenbar vollkommen unterschiedlich wahrgenommen wurden, sodass aufseiten des Trägers bisher nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen wurden.

Die Lage im Jugendhaus verschlechtert sich zunehmend. Besonders besorgniserregend ist aus unserer Sicht der oben skizzierte Vorfall in Bezug auf das defizitäre Agieren im Hinblick auf den Kinder- und Jugendschutz. Eine Fortführung der Zusammenarbeit ist aus unserer Sicht unter diesen Bedingungen nicht mehr länger vertretbar, sodass wir die zuständige Senatorin auffordern, umgehend die notwendigen Schritte zur Beendigung des Vertrages einzuleiten und das Ausschreibungsverfahren im Hinblick auf einen neuen geeigneten Träger für das Jugendhaus Hemelingen zu initiieren.

## II.

Der Antrag ist dringlich, weil mit Blick auf die jüngsten Ereignisse ein sofortiges Handeln zur Abwehr etwaiger Gefahren für die Kinder und Jugendlichen, die das Jugendhaus Hemelingen besuchen, dringend erforderlich ist. Der Träger hat aus unserer Sicht keinerlei überzeugende Ansätze vorgebracht, die die Situation umgehend verbessern würden, was mit Blick auf die sensiblen Rechtsgüter, die hier

gefährdet sind, allerdings nötig wäre. Im Gegenteil wurde deutlich, dass man sich hier erheblich mehr Zeit für eine Verbesserung der Lage einfordert, ohne, dass insoweit erklärt werden konnte, weshalb die letzten Monate nicht bereits hierfür genutzt wurden oder, von welchem zeitlichen Horizont hierfür nunmehr noch auszugehen ist. Das Jugendhaus Hemelingen ist als größte Einrichtung im Stadtteil essenziell für die Kinder und Jugendlichen in Hemelingen, denn der Stadtteil ist insgesamt gekennzeichnet durch ein starkes soziales Gefälle und vielfältige soziale Problemlagen, die auch und vor allem die Kinder und Jugendlichen in Hemelingen belasten. Das Jugendhaus als größter Träger vor Ort war insofern immer eine beliebte Anlaufstelle für die Betroffenen. Diese nutzen die Einrichtung aufgrund der Geschehnisse der letzten Monate jedoch kaum noch. Aus diesem Grunde und vor dem Hintergrund, dass es in den letzten Monaten trotz wiederholter Aufforderung statt einer Verbesserung der Lage zu einer Verschlechterung gekommen ist, kann aus unserer Sicht ein weiteres Zuwarten nicht verantwortet werden. Nur, wenn jetzt umgehend gehandelt wird, kann das reguläre Ausschreibungsverfahren initiiert werden, sodass sich so schnell wie möglich ein neuer Träger findet, der das Jugendhaus übernehmen kann, damit dieses zeitnah wieder adäquat als Anlaufstelle für die Kinder und Jugendlichen im Stadtteil zur Verfügung steht.

Für die Beiratsfraktion SPD Hemelingen

Berfin Atac

Für die Beiratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hemelingen

Elisabeth Laß